



SwissRespect
www.swissrespect.ch

Pressemitteilung

Genf, den 03. Juli 2014

Schweiz – Frankreich: Wieder einmal eine Gelegenheit verpasst

In Anbetracht der zahlreichen Bemühungen, die die Schweiz in den letzten Monaten unternommen hat, hätte der Besuch des französischen Finanzministers Michel Sapin am 25. Juni in Bern die Gelegenheit sein können, eine neue Lösung vorzuschlagen und Verhandlungen zu einer neuen Version des Doppelbesteuerungsabkommens anzukündigen. Der Besuch stand unter den besten Vorzeichen, wenn man die Wünsche Frankreichs berücksichtigt.

Doch musste man leider feststellen, dass nichts Derartiges geschehen ist und so 180.000 im Ausland lebende Schweizer sich selbst überlassen werden. Ihr Schicksal scheint den Schweizer Finanzminister nicht zu interessieren.

Die Schweiz bestätigt nun, dass der vertragslose Zustand keine Doppelbesteuerung zur Folge hat, wie ständig wiederholt wurde, wobei sie der Meinung ist, dass dieses Hauptmotiv die Unterschrift eines ungerechten Knebelungsvertrages rechtfertigen würde...

Der Schweizer Finanzminister hatte Frankreich um nichts gebeten, sodass es dementsprechend auch nichts zu bewilligen gab. Allen Anträgen Frankreichs wurde stattgegeben, besonders der Erweiterung des Anwendungsbereiches von Informationsersuchen oder deren Modalitäten.

Dieser für Frankreich essenzielle Punkt hätte ein Zugeständnis für die Nichtbesteuerung von Grundstücken in der Schweiz, die aus dem Nachlass eines Verstorbenen in der Schweiz mit Erben in Frankreich stammen, rechtfertigen können. Aber nichts wurde gefordert.

Obwohl die Schweiz vom Schlimmsten, nämlich dem Einzug französischen Rechts in ein internationales Abkommen, verschont geblieben ist, hält SwissRespect mehr denn je an der erforderlichen Wachsamkeit fest. Denn Frankreich spürt die Schwäche und das Desinteresse der Schweizer Verhandlungsführer, wenn es um die französisch-schweizerischen Steuerbeziehungen geht, und wird weiterhin Forderungen formulieren, um immer mehr zu bekommen – besonders durch die Abänderung der Elemente des Doppelbesteuerungsabkommens von 1966 und hier vor allem im Rahmen der Pauschalbesteuerung.

Wenn die Schweiz die kantonale Steuersouveränität verleugnet und ihre steuerliche Attraktivität in dem Moment in Frage stellt, in dem alle anderen Länder ihre eigene verstärken, dann riskiert sie damit, der Welt ein gefährliches Signal zu senden, dass ihre Stabilität bedrohen könnte.

Medienkontakt

Flavien de Muralt – Tel. 022 817.18.14